

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Befähneter, Arbeiter u. Arbeitnehmer in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.

✓ Erhält jeden Donnerstag. 50 Pf.
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltenen Foli zeile 50 Pf., für die Zählstellen 30 Pf.

Zwei Weltanschauungen.

II.

Über das Wesen und die Bedeutung der sozialen Frage gehen die Ansichten meilenweit auseinander. Die Vertreter der christlich-katholischen Weltanschauung, die aus dem Rundschreiben des Papstes spricht, behaupten, sie sei in allererster Linie eine spirituelle und religiöse Frage und erst in zweiter Linie eine wirtschaftliche Frage; die Vertreter der modernen Weltanschauung behaupten, sie sei in erster Linie eine wirtschaftliche und dann erst eine Frage der sozialen Moral. Deshalb fordern erstere, daß die Entscheidung über die Behandlung und Lösung der sozialen Frage den kirchlichen Autoritäten zustehe, während letztere das Recht für die Arbeiter in Anspruch nehmen, selbständig, nach bestem Wissen und Gewissen, über die Maßnahmen zur Lösung dieser Frage zu entscheiden. Um diese gegensätzliche Auffassung dreht sich der Kampf zwischen Rom und den Gewerkschaften. Die Kirche will auch auf diesem Gebiete die Fügel, die ihr zu entgleiten drohen, in der Hand behalten, sie will noch wie vor die Arbeitersassen am Gängelbande und Leitseile führen, sie will sie entmündigen, um selbst den Vorwurf spielen zu können. Demgegenüber will das moderne, zum Bewußtsein seiner Klasselage erwachte Proletariat sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen; es führt die Kraft in sich, sich selbst zu befreien, und darum verzichtet es auf die Vorwurfskraft der Kirche.

Gleich in den Anfängen der modernen sozialen Bewegung erschien die katholische Kirche auf dem Platz mit der dreisten, durch nichts bewiesenen Behauptung, daß nur sie allein imstande sei, die soziale Frage zu lösen, eine Behauptung, die dadurch nicht weniger geworden ist, daß sie auf allen Katholikendversammlungen wiederholt wird. Schon im Jahre 1878 erklärte der damalige Papst, daß der Sozialismus eine Folge des Unglaubens und des Abfalls von der Kirche sei und daß die Lösung der sozialen Frage darin bestehe, die Massen wieder in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche und unter den Drittenstaat der Geistlichen zurückzuführen. Der Papst sprach von den „vergessenen Leuten“, die als böser Samen unter die Völker ausgestreut sind und nun so verachtige Früchte hervorgebracht haben, und er wies darauf hin, daß „der feindselige Krieg gegen den katholischen Glauben dahin ziele, alle Offenbarung zu beseitigen und jede übernatürliche Ordnung umzustürzen“. Da sei es natürlich kein Wunder, daß „eine entzündliche Fügellosigkeit im Denken und Handeln eingetreten sei und daß die Leute niederen Standes sich die Glücksgüter der Reichen aneignen wollen, anstatt mit dem zufrieden zu sein, was ihnen Gott bescherre habe“. Und dann empfiehlt sich der Statthalter Christi den Fürsten und Machthabern als den Schützer des Eigentums und Retter der Gesellschaft und verspricht, die von Gott gewollte Ordnung wiederherzustellen, falls man ihm nur die nötigen Mittel in die Hand gebe. In denselben Sinne handelte auch Bischof Peteler diese Frage:

„Wenn es keinen persönlichen Gott gäbe, so ist das gesamte Eigentumrecht nur lediglich und ausschließlich Menschenrecht und ich sehe nicht ein, welche begründeten Bedenken man erheben will, wenn die Weise der Bevölkerungen den Anteil an dem Eigentum der Besitzenden fordert. Der Arbeiter hat in seinem Innern denselben Drang nach Glückseligkeit wie die Reichen, die Kapitalisten, Jadekanten und Geldmänner, die diosum Tück alle Tage in den rosiertesten Genüssen, die die Welt bietet, zu befriedigen suchen. Wenn es keine andern Genüsse gäbe, als die irdischen, so sind die Arbeiter, die die große Mehrzahl der Menschen bilden, elende, unglaubliche, unmoralische Ge-

schöpfe, denen das Leben als ein Rätsel erscheint, das sie trübe mit Hoffnung und Überzeugung gegen die Besitzenden erfüllt.“

Und ganz folgerichtig, von seinem Standpunkt aus, kommt Peteler zu dem Ergebnis, es sei die Aufgabe des Christentums, dem Drang der Arbeiterseele nach Glück und Ruhe dadurch zu befriedigen, daß man ihr den Wert der Seelengüter zeigt und sie lehrt, „die Arbeit und die Armut mehr zu schätzen als den Reichtum und die Ruhe“. Also auch hier dasselbe Regen, mit dem die Kirche noch heute herumtreibt.

Wenn diese Auffassung richtig wäre, wenn sie ja richtig wäre, wie sie in Wirklichkeit falsch ist, so würde sich hier ganz von selbst die kirchliche Frage auftun, warum denn die Kirche es nicht fertig gebracht hat, trotz ihrer fast zweitausendjährigen Weisheit die soziale Frage zu lösen. Warum ist es ihr nicht gelungen, das Ende aus der Welt zu schaffen und die Menschen zu wirklichen Menschen zu machen? Warum kann uns nicht damit, daß das Menschenleid erst neueren Ursprungs sei und seinen Ursprung in dem modernen Unglauben habe; die Geschichte berichtet von geradezu grauenhaften Zuständen früherer Zeiten, gegen die die Kirche völlig unchilisch gewesen ist, wenn man nicht das Unwissen geben, ein Tropfen auf einen heißen Stein, als Lösung der sozialen Frage betrachten will. Über das war ja gerade der verhängnisvolle Fehler der Kirche, daß sie die Menschen aufs Jenseits vertröstete und sie dadurch von der Ausgestaltung und Verbesserung des Diesseits entzündete. Daß sie meinte, sie könne die Menschen durch Moralpredigten und Predigungen mit Höllenstrafen erzählen, anstatt für eine Hebung der wirtschaftlichen Lage einzutreten. Da sind wir Modernen doch ganz andere Leute. Gerade weil wir unser Horizontennetz zunächst auf die Ausgestaltung des Wirtschaftslebens gerichtet haben, da wir erkannt hatten, daß die wirtschaftliche Existenz des Menschen der Räuberbeden ist, aus dem kein moralisches und sozialgeistiges Leben erwächst, gerade durch unsere vielbekundeten materiellen Errungenheiten haben wir es fertig gebracht, die Menschen auch geistig und moralisch zu bilden. Wer möchte es bestreiten, daß die große Masse des Volkes unter dem Einfluß der modernen Arbeiterbewegung in jeder Beziehung im Aufsteigen begriffen ist, während sie dort, wo die Kirche herrscht, in Stumpfsinn und Rückständigkeit verharzt? Für uns ist die soziale Frage zuallererst eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, dann aber entwickelt sie sich zu einer Erziehungs- oder Bildungsfrage, zu einer Frage der Einlichkeit und der Kultur. Darum sind wir auch der Meinung, daß die Streitfragen über Arbeitszeit und Arbeitslohn und über die Mittel zu ihrer Verbesserung ungelegenheit sind, um die sich die Kirche nicht zu kümmern hat und die deshalb der kirchlichen Dringlichkeit nicht unterliegen.

Ereignisweise haben sich auch die Führer der christlichen Gewerkschaften auf diesen Standpunkt geteilt und eine Einigung der Kirche in wirtschaftlichen Fragen geträumt. Der Generalsekretär Steigerwald erklärte auf dem außerordentlichen Kongress in Eisen: „Eine Mitwirkung der Geistlichen bei der Regelung sozialer und gewerblicher Angelegenheiten ist für uns undenkbar und die Gewerkschaftsbewegung darf nicht einseitig von kirchlich-freier geistlichen Geschäftspunkten aus beratet werden.“ Andere Redner proklamierten die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Gewerkschaften und ihre Unabhängigkeit von den kirchlichen Autoritäten und erklärten, daß ein Geistlicher niemals Arbeitersführer auf wirtschaftlichem Gebiete sein kann und daß jede Verbormung leichtsinniger Arzte in schwärzester Weise zurückschlagen werden

sollte. Wenn wir auch daran zweifeln, daß diese Aussichtsmöglichkeit lange vorhalten wird, so begreifen wir es doch mit Genugtuung, daß unsere Auffassung von der sozialen Frage auch in den Kreisen der christlichen Arbeitnehmer mehr an Boden gewinnt.

Wie wäre dies auch anders möglich? Das wirklich gestaltige wirtschaftliche Leben, das uns Gemeinschaftsmenschen umflutet, lehrt uns täglich, daß es einer starken, selbständigen Organisation bedarf, um den Kampf um eine höhere Lebenshaltung erfolgreich führen zu können und daß alle geeigneten Mittel anzuwenden sind, die den Sieg verbürgen. Von der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Arbeiters und der gesamten Arbeiterschaft mag die Lebensführung ab und darum legen wir modernen Gewerkschafter sowie Wert auf den modernen Emancipationskampf, weil er auch die geistige und moralische Hebung des Proletariats verbürgt. Und in diesen Kampf lassen wir uns von keinem Papst und keinem Bischof, keinem geschorenen oder gescheitelten Pastoren hineinreden. Mögen diese Leute den kapitalistischen Moral predigen, uns sollen sie in Ruhe lassen! Brutto!

Der Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung.

Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat jüngst durch den Genossen Legien einen Aufruf zur Unterstützung der Gewerkschaften in Serbien und Bulgarien erlassen, damit dieser ermöglicht werde, weiter zu beiteden, ihre Gewerkschaftshäuser, ihre Preise zu erhöhen und ferner die vom Kriege dort betroffenen Familien der Mitglieder zu unterstützen. Seiner Begründung des Unterstützungsbeschlusses weist der Genosse Karlovitch Belgrad darauf hin, daß die Arbeit vieler habe verlauten sein wird, wenn seine Hilfe kommt. Umgekehrt informieren werden gerade jetzt an die Gewerkschaften gejagt, während ihre Einnahmequellen vollständig verfegt sind. Der Genosse Dimitroff, der Sekretär einer bulgarischen Zentrale, berichtet des längeren über die Wirkungen des Krieges. Seine Ausführungen sind für alle Arbeiter lehrreich und zeigen in Weiterbildung dies wiederzugeben:

„Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Geheim, die ich auch auf die Britische Korrespondenz ausdehne, meinen Genossen im Auslande nicht mit jenen Details dienen, die nötig wären, um ein völlig klares Bild über unsere Lage zu geben. Deshalb kann ich auch noch nicht über die Folgen schreiben, die der Krieg den kämpfenden Proletarien auf dem Balkan brüderweise bringt.“

Auf 30. September wurde die Mobilisierung angeordnet und am 18. Oktober begann der Krieg gegen die Türkei. Wer gedient hatte und noch keine 45 Jahre alt war, mußte sofort aussteigen. Nach jene Reisen wurden einberufen, die sich sonst erst in nächsten Jahren hätten anstreben. Von männlicher Weisheit wurden zur Militärdienstleistung nur jene nach eindurften, die unter 18 Jahren oder zu alt zum Arbeiten waren. Die Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphen, Telefonanlagen, der Eisenbahnen und einiger Bergwerke wurden militärisch damit sie zur Arbeit gezwungen werden konnten.

Seit Beginn der Mobilisierung schon ruht jede Produktion. Nur für die Bedürfnisse der Armee wird noch gearbeitet. Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schreiner, die nicht eingezogen sind, sowie auch Arbeiterinnen (!) sind verpflichtet, in den Werkstätten der Armeeführung bestimmten ohne Bezahlung nur für die Armee zu arbeiten. In verschiedensten Städten wurden die Totalitäten der Arbeitersorganisationen ganz einfach in Werkstätten zur Militärarbeiter, in Magazine und Lagerhäuser umgewandelt.

Sicherlich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strenge Zensur über Post und Briefkorrespondenz (!) angeordnet. Alle Versammlungen wurden verboten, unter Verbot und Gewerkschaftsblätter von der Verordnung suspendiert, damit ja nicht die von den Bürgerlichen gewünschte „soziale“ Stimmung geweckt werde. Unter solchen Umständen ist die alte Tätigkeit unserer Gewerkschaften völlig unterzunden. Sie können ihren Aufgaben um so weniger

bringen. Gerade die Zersplitterung unserer Kollegenschaft auf so viele kleine Orte sollte doch jedem klar machen, daß eine starke Zentralisation und der Rückhalt in einem großen Überall verbreiteten Verbände unbedingte Notwendigkeit gerade für die Konditoren ist.

EINLADUNG.

Zurzeit werden gegen die Arbeiterbewegung wieder mancherlei Vorgänge auszunutzen versucht, die von jenseits des Oceans berichtet werden. Da wird in grellen Farben ausgemalt, wie Gewerkschaftsbeamte und Beamte von ihnen in großem Umfang mit Dynamit gegen unnachgiebige Unternehmer vorgegangen sind und deren Bauten einfach in die Luft gesprengt hätten. Was an solchen Nachrichten wahr ist, wie weit etwa Spione und gedungene Zeugen eine Rolle spielen, läßt sich aus der Ferne noch weit schwerer feststellen, als im Dollarlande selbst, wo ja das Gold sicher allmächtig ist. Wenn jetzt von einer bedeckt mitrailleurmähnlichen Erzeugungsarbeit der Gewerkschaften geredet wird, so macht gleich der Umlauf schon recht plausig, daß man erst ein solches Meer von Trümern zusammenfischen ließ, ehe eingeschritten wurde. Waren die schlauen Dollarleute da wirklich so dummkopf oder brauchten sie die Mäßigkeit der „Falle“ zu dem bestimmten Zweck?

Das sei wie ihm wolle. Angefischt der Vorgänge ist es aber angebracht, hier einige düstere Erinnerungen auszugraben an Vorlommisse, die nunmehr 25 Jahre zurückliegen. Wir meinen den Chicagoer Prozeß gegen die acht Arbeitersführer Spies, Fielden, Parsons, Schwab, Engel, Linnig, Fischer und Hebe, der bei vier Jahren dem Tod durch den Galgen endete. Die Berichte über diesen denkwürdigen Prozeß sind im Jahre 1888 zu einer Broschüre vereinigt worden. Sie trägt den Titel: „Acht Opfer des Klassenhauses, Leben und Sterben der verurteilten Chicagoer Arbeitersführer.“ Dem Prozeß, der eins der dunkelsten Blätter der Justiz bildet, lagen folgende Vorgänge zugrunde:

Im Oktober 1884 hatte die Gewerkschaftsföderation der Vereinigten Staaten und Kanadas in Chicago beschlossen, den Achtstundentag für alle Gewerke zu erklängen. Schon in den siebziger Jahren war durch die Arbeit der Gewerkschaften in vielen Staaten Nordamerikas der Achtstundentag für Regierungsarbeiten eingeführt worden. Auch der Kongress der Vereinigten Staaten nahm 1878 das Gesetz an; es wurde aber nicht ausgeführt. Nach dem Beschuß der Gewerkschaften wurde in Chicago ein Komitee zu dem Zweck gebildet, den Achtstundentag durch Kampf zu erringen. Es wurde ein Manifest verbreitet und Versammlungen beschäftigten sich mit der Frage. Ein Teil der Arbeiter und ihrer Führer hatte kein Vertrauen mehr zur parlamentarischen und gesetzlichen Arbeit und es wurde die Notwendigkeit einer gewaltvollen Revolution zur Befreiung des Kapitalismus offen bekannt.

Das hatte seine Gründe, wie alles. Wenn man die scharfe Sprache der Arbeiter versteht will, muß man daran denken, auf welchen Ton die kapitalistischen Blätter bei der Behandlung der Arbeitslosennot gestimmt waren. Geben wir einige Beispiele für die bodenlose Roheit dieser Sippe. Die „Chicagoer Times“ hatten zu der Zeit über die Arbeitslosen geschrieben: „Es ist sehr hübsch, während Elend zu bessern, aber die beste Wahlzeit für einen lumpigen Bagabunden ist Blei. Man sollte genügend Portionen geben, um ihren Appetit und ihre Geschäftigkeit zu stillen.“ Die Chicagoer Tribune meinte: „Der einfachste Plan ist der, den Arbeitslosen und Bettlern Arsenik in das Mittogessen zu streuen. Das bewirkt in kürzester Frist den Tod und ist andern Bettlern eine Warnung, sich in respektvoller Entfernung zu halten.“ Bei solch empörender Sprache ist es gewiß verständlich, wenn auch die Arbeiterväter in der Abwehr auf einen kräftigen Ton verzichten. Und auf allen Gebieten war der Kapitalismus gleich skrupellos und brutal, wenn dem Profit Gefahr zu

drohen schien. Die Arbeiter hatten früher ihr Wahlrecht ausübt und einen Stadtverordneten gewählt. Die Politiker, die die Wahlhandlung zu überwachen hatten, stahlen den Stimmzettel, nahmen ihn mit nach Hause, stellten gegnerische Stimmzettel hinein und fälschten so das Wahlergebnis. Die Arbeiter brachten 1500 Dollar auf, um gegen die Diebe eine Verurteilung durchzusetzen. Der Beweis wurde auch erbracht, aber die Justiz wurde freigesprochen.

Am 1. Mai 1886 sollte der Streik um den Achtstundentag beginnen. Im Februar brach aber schon ein Konflikt in einer Adlergerätefabrik aus. 1200 Arbeiter wurden in der Folge aus Pfosten geworfen. Am 2. März tagte eine Versammlung der Auszugsvertreter, um gegen die bewaffnete Einmischung von 400 uniformierten Polizisten und 300 Nationalgarden zu protestieren. Am Sonntag vor dem 1. Mai schauten 25 000 Arbeiter zu einer Versammlung, ebenso viele legten am 1. Mai die Arbeit nieder. Am 4. Mai war die Zahl auf das Doppelte gestiegen. Die Wut der Unternehmer faßte keine Grenzen. Am 3. Mai hatte ein Streikender der Adlergerätefabrik einen Arbeitswilligen angegriffen. Die Polizei war gleich zur Stelle und eröffnete ein mörderisches Feuer auf die Streikenden, die wild auseinanderstoben, Tote und Verwundete zurücklassend. Zum Protest und zur Sicherung der Arbeiter schrie einer der nachher Verurteilten, Spies, ein sogenanntes Nachschreibular, worin die Arbeiter zu den Waffen gerufen wurden. „Eure Herren“, so hieß es darin, „haben Ihre Bluthunde, die Polizei, ausgeschickt; diese haben heute nachmittag vor Mc Cormicks Fabrik sechs Eurer Brüder getötet. Sie haben sie getötet, weil sie es wagten, eine Verbesserung der Arbeitsstunden zu verlangen. Sie haben sie getötet, um Euch freien Amerikaner zu zeigen, daß Ihr zufrieden seid mit dem, was Eure Arbeitgeber Euch gütwillig zusammen lassen und erlauben wollen, obwohl das Ihr andernfalls ebenso getötet werden. Ihr habt jahrelang unermüdliche Unbill ertragen; Ihr habt Euch zu Tode gearbeitet; Ihr habt die Schmerzen des Hungers und des Mangels ertragen; Ihr habt den fabrikirten Euren Kindern geprägt — Ihr, Ihr seit all diese Jahre hindurch erbärmliche Sklaven gewesen. Warum? Um die unersättliche Habgier zu befriedigen, um die trüben Eurer saulen und diebischen Herren zu föhlen. Wenn Ihr sie jetzt bitten, Eure Würde ein wenig zu erleichtern, dann senden sie Ihre Bluthunde aus, um auf Euch zu schießen, Euch zu töten.“

In einem andern Zirkular wurden die Arbeiter zum Protest für den Achtstundentag nach einer großen Massenversammlung auf dem Markt geladen. Diese Versammlung verließ solange ruhig, bis gegen 10 Uhr etwa 100 Polizisten herantraten. Es wurde der Befehl zur Auflösung der Versammlung gegeben, dem nachgegeben wurde, obwohl man die Polizisten darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um eine friedliche Versammlung handele. Spies erklärte nachher, gehört zu haben, daß der Befehl, anzugreifen, an die Polizisten gegeben worden sei. Da wurde eine Bombe geworfen und verschiedene der Polizisten blieben tot, andere wurden verletzt. Wer die Bombe geworfen hat, ist nie festgestellt worden. Daß die Versammlung bis zum Eingreifen der Polizisten friedlich verlaufen war, wurde auch vom Bürgermeister von Chicago gegeben. Der Bürgermeister bezeichnete die geschilderten Niederungen als im allgemeinen sehr zähm, als meisten Aufmerksamkeit habe Parsons erregt, der Statistiken gegeben habe über den Anteil des Kapitals am Arbeitsertrag und den der Arbeiter. Parsons hatte sogar neben seiner Frau auch die Kinder mit zur Versammlung genommen, was zeigte, wie wenig er an Gewaltmaßnahmen dachte.

Wer eine Schreckensherrschaft begann, soll da ab in Chicago. Gegen die acht bezeichneten Arbeitersführer, die sich zum Teil als Anarchisten bezeichneten, wurde Anklage erhoben; erst wegen Mordes, und als sich dies beim besten Willen nicht beweislich machen ließ, wegen Beihilfe dazu. Ein schauriger Justizmord nahm seinen Anfang. Der Kapitalismus, der ja nach Marg bei entsprechenden Prozenten alle menschlichen Geize unter seine Füße stülpt, wollte die

Verurteilung um jeden Preis. „Die Arbeitnehmer sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgejagt werden!“ rief der Staatsanwalt aus, und er instruierte die Geschworenen, daß es genügt, aufreizende Artikel zu schreiben und ganz allgemein mit Bomben und Feuerwerken zu drohen, um sobald eine Tat verübt werde, dafür verantwortlich zu sein. Von 15 Zeugen wurden verschieden mit der Drohung eingeschreckt, daß sie gegebenenfalls auch unter Anklage gestellt würden, und sie wurden mit Geld willig gemacht. Für schlechte Zeugen wurden gleichfalls mit Geld „gute Belehrungen“ beschafft. Solche wurden die Geschworenen benannt genommen. „Ich führe die Sachen gegen Spies und Parsons“, hat man einen Zeugen erklärt, „ich weiß, was ich sage.“ Diese Kerle werden genötigt werden, daß ist so sicher wie der Tod. Ich habe solche Jurymitglieder vor, die die Verteidigung der Reihe nach alle ablehnen müssen, so daß die Zahl ihrer Ablehnungen bald erschöpft ist und die Verteidigung mit den Geschworenen, die den Staatsanwalt will, zuschließen sein muss.“

Was kommen sollte, kam: sieben der Angeklagten wurden zum Tode durch den Strang verurteilt; der letzte, Parsons, der zu Buchthalte verurteilt wurde, bat indes sehr, ihn nicht anders zu behandeln wie seine Genossen. Nach dem Urteil brachten die Arbeitnehmer rasch 50 000 Dollar auf, um den Prozeß weiter führen zu können. Beide höheren Richter bestätigten jedoch das verbrecherische Urteil. Selbst das Blatt der Reichsanwaltschaft Chicago sprach sich abweichend über die Urteilsbegründung aus, und es schrieb, niemand gehe hector, daß die Verurteilten eine strafbare Handlung begangen hätten. Am Ende suchte alles, was mit den Angeklagten sympathisierte, die Begnadigung durch den Gouverneur zu erwirken, damit wenigstens nicht der Galgen seine schändliche Arbeit verrichtete. Verurteilungen der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Englands wandten sich an den Gouverneur; vergebens. Erreicht wurde einzig, daß zwei der Verurteilten, Fielden und Schwab, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt wurden. Spies hatte sich im Gefängnis selbst gefoltert, indem er eine Brotrolle in den Mund nahm und angembte. Das Gefest war ganz geschmettert; aber das blutigste Kapital wollte auch noch „triumphieren“. Der Sheriff erklärte: „Ihr kommt überzeugt heraus, daß der Mann hängen wird, wenn er weniger noch lebt und sein Misschien bewilligt wird. Der Tod macht einen Strich durch die liebliche Nachfrage. Engels stand am Nachmittag. Die andern vier Verurteilten, Spies, Engel, Fischer und Parsons, wurden am 11. November gehängt. Sie waren nach Berichten bürgerlicher Männer „mehr wie die Löwen“. Seien Sie für andere, die es nötiger haben“, antwortete Spies einem Geistlichen. Am Lebendige früh definierte Engel das passende, düstere Weberlied heiter:

„Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh gefällt,
Wo häunis und Morder den Raum ergießt,
Wir weben, wie weben!.....“

Folgen wir der ersten stummenden Darstellung der New Yorker Volkszeitung:

„Die Wächter traten an die Gittertür zu Engels Zelle, er aber sah und hörte sie nicht; mit erhobenem Kinn, als sei er dem eugen Gefängnis entrückt, deklamierte er die ergrifffenen Verse. Es war feierlich still, als der alte Mann wieder schwieg, sich wie aus einem Traume erwachend umsah und sich dann an den Tisch setzte und den Stoß auf die Hand machte. Auch die Todesgeführten Engels waren an die kleinen Zellen getreten und hatten schweigend zugeschaut. Parsons stand stummend da, er gedachte seiner Heimat im jungen Österreich und seines unglüchlichen Weibes, das man grausamweise abwies, als er morgens an die Gefängnisgitter klöpfte, um ihren Garten zum letzten mal zu sehen. Und es sah dann mit immer fröhlicher Stimme sang er das schottische Vollständ von „Schön Annie Laurie.“

kannte seine Sünde und gab den Stein ab, der noch jetzt in der Klosterkirche dort hängt.

Prost, in Stein verwandelt, wiederholen sich in jeder länderschaftlichen Sage. In: Eingänge in den Kreuzinger Dom ist der katholische Gottwart Gremoiser abgebildet mit einem Laien Prost. Letzterer verdeckte sich in Stein, als Scaroner, der eben auf dem Wege war, bestrafte damit die Armen zu spicken, ihn dem geizigen Bischof Gereid vorzeigen sollte.

Aebnische Mutter finden wir versteckt in der Volksfrage vom Gedfall bei Hochstädt im Unterberg, dem Kindesberg in Weitersfelden, wo die reichen Schlosser in ihrem Leben mutige große Audien von Semmelweis duften wie Ritterräder, mittler Weise darin machen und sie an die Adelen stellten, während so viele Menschen Hunger litten und kein Brot zu essen warten, und in andern Volkswägen mahr.

Von der Frau Hir bei Anreisung erzählt die Volksfrage, sie habe ihren Sohn, der in einen Morast gefallen war, den Schleim im Gesicht und an den Händen mit weichen Probenamen gereinigt, da kam ein schauerliches Geister und Strafgericht, die Wodnung der Riesenkönigin verschwand, überall war nur eine Mutter mit zerstreuten Steinen, in der Mitte aber stand Frau Hir. Die Riesenkönigin, vertrieben, und wird so hießen bis zum jüngsten Tage. In vielen Bergenden Tirols waren man noch jetzt mutwillige Kinder, die mit Brot werfen oder sonst Lebarmut damit treiben: „Sau! eure Probenamen, heißt es, für die Armen, damit es euch nicht ergehe, wie der Frau Hir.“ Nach einer andern Fassung der Sage, die E. Oberdörfel dichterisch gestaltet hat, bittet eine arme Frau mit einem nackten Kindlein im Arme die hartberige Schlosserfrau Frau Hir um ein Stück Brot und um ein Stücklein Brot für das jüngste Würmlein. Hartnäckig bricht Frau Hir einen Stein aus der Felsenwand und reicht ihn der Bettlerin. In wütendem Schmerze flucht sie die arme Frau, sie möge selber zu Stein und hartem Gag werden und der Fluch vollzieht sich sogleich an Frau Hir und ihrem Sohn. Sie erschlafen und werden zu Felsen.

Und droben sitzt im Bild von Stein
Frau Hir im Donnergesetz.
Und schaut, umquält den der Elige Schein.
Das Land so geweckt.

Aehnliche bekante Sagen finden sich auch an den Hügeln Südtirols und an den Felsenland in Südtirol. Zu Eingängen rägt innen aus dem Stein ein hoher Turm, von dem folgende Sage geht: Bei einer Teuerung sah Bischof Otto von Mainz rubig zu, wie die Leute Durcheinhaben und darüberweinen zu den Grabsteinen ließen und das Brot mit Gewalt nahmen. Kein Erbarmen überliefen den geizigen Bischof, sondern er rief: „Lasst alle Armen und Durcheinhabende in einer Scheune vor der Stadt, ich will sie vertreiben.“ Wie sie dort versammelt waren, ließ er die Türen schließen und die Scheune füllt den Leuten verbrennen, und höchst meinte er, als das Feuer der Armen herabdrohte. „Hört Ihr, wie die Mäuse pfeifen? Und siehe, fortan ließen die Mäuse Tag und Nacht auf ihm und frohen an ihm, so daß er sich nicht zu helfen wußte. In der Bedrängnis ließ er einen Turm in den Abgrund bauen, wo er vor den Mäusen sicher zu sein glaubte, aber die Mäuse schwammen durch den Strom heran, er schwammen den Turm und tragen den Bischof lebendig auf.

Wieder im Südtirol wachsen mitten aus dem Meere Gräser und Palme herauf an der Stelle, wo die Kirchentürme und holzen Häuser der vormaligen Stadt Starzen in tiefer Blut begraben liegen. Der Reichtum war die Bevölkerung der Starzen übermäßigt geworden und endlich wurde das Blut der überwältigten Kinder von Starzen voll. Drüber und Schiffer am Strand des Südtirols baden die Sage von Rund zu Rund vorüberwohlt. Besonders war es eine alte geizige Witwe, die Ansitz zu Riedenburg gehabt. Einst befahl sie ihrem Schiffsmeister, aufzufahren und das Beste mitzubringen, was auf der Welt wäre. Dieser steuerte nach Tonzig, befahlte sein Schiff mit einer Ladung kostlichen Weizens und fuhr dann wieder zu seiner Auftraggeberin zurück. Unwirsch wurde er empfangen: „Wie, Du bist schon hier. Ich glaube Dich an der Küste von Arcila, um Gold oder Eisenstein zu händeln. Weizen, so elendes Zeug bringst Du mir?“ — „Ich dachte, erwiderte der Seemann, das wäre so elend nicht, was und unter möglichem und gesundes Brot gibt.“ — „Ich will Dir zeigen, wie verdächtig mir Deine Ladung ist. Von welcher Seite ist das Schiff gekommen?“ — „Von der rechten Seite (Swartboordseite).“ sprach der Schiffsmeister. „Woher, so befahl ich Dir, daß Du zur Erde die ganze Ladung

auf der linken Seite (Backbord) in die See schüttest.“ Verdutzt widerlegte sich der Schiffsmeister, vergebens bat er eine Schar armer Leute auf den Knien, daß sie das Rota lieber austilten als vom Meere verschlingen lassen möchte. Das Herz der Witwe war hart wie Stein und der Weizen wurde ausgeschnitten in die See. Was geschah? An der selben Stelle tat sich seit der Zeit eine mächtige Sandbank empor, geheißen der Starzenstrand, davor nichts als ein kleiner See (Arcila). Dünkelheim, weil es die Dünken wider die See hielten (schützt) arundo arenaaria) wuchs, und die Sandbank lag vor dem Hafen, den sie sperrte, und der ganze Hafen ging zugrunde.

Solche Sagen, die soziale oder moralische Fragen beschärfen, sind weit verbreitet und in den verschiedensten Variationen in jeder Landschaft zu finden, ohne daß es wohl der Raum gestattet, noch mehr Beispiele hierfür einzuführen.

V. Das Geschichtchen vom Profeßer (Aergäutisches Märchen)

Prost hatte eine Tochter und die hieß Beib, und Beib hatte einen Mann, der hieß Hans. Hans und Beib waren beide gar ordentliche Leute und waren beide gar ordentliche Prost. Hans eh' aber nichts unlieb als den Prost (Profeßer) und Beib nichts ungeliebt als die Witwe (Weiche) des Prostes. Dagegen eh' Hans das Weiche des Prostes sehr gerne, und Beib eh' den Prost sehr gerne, und so kannen beide zusammen gut aus. Denn Hans war froh, wenn Beib viel Raunt eh' und damit er viel Weiches zu einer bestimmte, und Beib war ebenso froh, wenn sie recht viel Weiches bekam, weil sie Hans sehr viel Weiches eh'. Und das ging so weit bis ein Donnerstag seines Endes. Jetzt aber hatte Hans Beib auf einmal niemand mehr, der ihm das Weiche weghabt, da er sie Raunt zu essen hatte. Also suchte sich Beib wieder einen ordentlichen Mann, der hieß Jörg. Beib und Jörg waren beide wieder zwei gar ordentliche Leute und waren beide gar ordentliche Prost. Aber weil dieses Jörg nicht den Hans und Beib gar leica Weiches essen wollte, so hatte nun keines keinen Prost mehr essen. Da sind sie beide zusammen gar ordentlich gestorben.

Unter „Gewerkschaftliches“ forderte der Vorsitzende noch auf, den Mittwochsvorleser etwas reicher zu gestalten. Es wurde einstimmig beschlossen, das Bekehrungs- und Versammlungssalon beizubehalten. Ferner gab es noch bekannt, daß die Versammlungen auf jeden ersten Sonntag im Monat festgesetzt sind.

Hildesheim. Unsere Generalversammlung fand am 5. Januar statt; anwesend war Bezirksleiter Weber. Zunächst gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Mitgliederversammlungen haben sieben stattgefunden, öffentliche drei, Werkstättenversammlungen drei. An Neuaufnahmen sind 15 zu verzeichnen, welches für Hildesheimer Verhältnisse ein sehr erfreuliches Ergebnis ist. Nachdem der Kollege Schab den Kassenbericht gegeben, wurden die Wahlen vorgenommen. In den Vorstand sind gewählt: die Kollegen Schab als Vorsitzender, Natten als Kassierer und Pflugert als Schriftführer; zu Revisoren Winkelmann und Raffert, zu Kartelldelegierten Scholz und Klinke.

Ilmenau. Unsere Generalversammlung tagte am 29. Dezember 1912. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Kramoschky. Er betonte, daß das Nichtigkeiten der Zahlstelle auf die schlechte Leistung unter den Kollegen zurückzuführen sei, und er müsse sehr sämiges Mitarbeiter eines Kollegen bei den Organisationsbestrebungen konstatieren. Der neue Vorstand werde unter diesen Zuständen den Ansprüchen des Verbandes nicht gerecht werden können. Nur in den ersten Monaten entwickelte sich die Zahlstelle etwas, aber in den letzten Monaten ist die Mitgliederzahl konstant geblieben. Der Bezirksleiter Friedrich wünschte gleichfalls mehr Interesse und Mitarbeit im neuen Jahre seitens der Mitglieder. Kollege Müller konstatierte, daß die Gelben mit Rat und Portemonnaie von den Meistern unterstützt werden, um uns fernzuhalten. Es müsse die organisierte Arbeiterschaft Ilmenaus den Kleinmeistern einmal die richtige Antwort geben! Der Kassierer Notrott bedauerte, die Jahresabrechnung nicht vorlegen zu können, da die Dezemberrechnung nicht fertig gestellt ist, weil die auswärtigen Mitglieder ihre Beiträge erst Mitte des Monats eingesandt, wodurch auch die allzu späte Abstellung der Monatsabrechnungen verschuldet werde. Der Schriftführer Heinig wies darauf hin, daß es auf keinen Fall im neuen Jahr so weiter gehen kann und darf. Er verlangte ausdrücklich, daß das Geld unbedingt in der letzten Woche des Monats von den auswärtigen Mitgliedern eingefordert werden müßt und die Beiträge für den Monat dann bezahlt sein müssen. Dann könne auch der Kassierer mit der Absendung seiner Abrechnung dünftlich sein und den Anforderungen der Hauptkasse Rechnung tragen. Kollege Friedrich unterstrich dieses Verlangen kräftig. Auf verschiedene Hinweise des Bezirksleiters und mehrerer Mitglieder wurde der bisherige Gesamtvorstand dann wieder gewählt. Bei den Revisoren jedoch trat eine Aenderung ein: es wurden die Kollegen Müller und Nolde vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Die Kartellvertretung wurde wiederum dem Vorstand beauftragt. Im Verschiedenen wurde über das Bezirkstheft am ersten Pfingstmontag in Ilmenau geaprochen und eine Kommission gewählt, die das Programm ausarbeiten und den Zahlstellen des Erfurter Bezirks zugehen lassen soll. Mit einem Appell an die Kollegen, in diesem Jahr tüchtig mitzuarbeiten und sich ein jeder ohne Unterschied dem Dienste der Organisation zu widmen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zuhl. Die Generalversammlung am 5. Januar im Gewerkschaftshause war sehr gut besucht. Aus dem Jahresbericht, welchen der Vorsitzende G. Hößler gab, mußte man die Überzeugung gewinnen, daß die drei Anträge, welche sich der Vorstand am Anfang vorigen Jahres gestellt hat: Agitation, regelrechte Einflussnahme und Sorge zu tragen für gutbesuchte Mitgliederversammlungen, von Erfolg gekrönt worden sind. Es waren 23 Aufnahmen zu verzeichnen, keinen Rückständigen am Jahresabschluß und gute Mitgliederversammlungen. Am Jahresabschluß waren 41 Mitglieder vorhanden. Es unterteilt Arbeitskreis immer ein weit verzweigtes in unsern Waldern gewesen, so ist es nun noch ausgedehnter geworden, nachdem sich die Gründung einer Sektion für Themen nötig machte; hat die Tätigkeit also auch viel Opfer an Zeit und Geld gekostet, so war doch der Erfolg ein recht erfreulicher. Der Kassenbericht vom Kassierer G. Siebrig, wies ein erfreuliches Steigen auf. Fünf Kollegen mußten allerdings wegen Rückständigkeit leider gestrichen werden; aber es sind, wie erwähnt, keine Restanten am Jahresabschluß vorhanden. In der Diskussion wurde allen Mitarbeitern volle Anerkennung gezeigt, und auch der Bezirksleiter sprach der Tätigkeit seine Anerkennung aus, indem er unsere Zahlstelle als die Perle des Thüringer Waldes bezeichnete. Die Neuwahl ergab: Hößler, Vorsitzender; Brak, Stellvertreter; Siebrig, Kassierer; Böhm, Schriftführer; Brak und Hartung, Revisoren; Müller, Kartelldelegierter; Küglinger, Sektionsleiter und Kartelldelegierter für Themen; Koch, Unterlasser und Kartelldelegierter für Zella; Bosler, Kartelldelegierter für Goldkutter. Die Mitgliederverhandlungen fanden an jedem zweiten Sonntag des Monats in Zuhl, „Domberg-Anricht“, statt. Der Plan einer Pfingsttour nach Ilmenau wurde lebhaft unterstützt. Die Delegiertenwahl zur Genossenschaftskonferenz wurde auf die nächste Tagessordnung verwiesen. Mit einem Schluswort vom Vorsitzenden und dreifachem Hoch auf unsere Organisation wurde die so schön verlaufene Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen.

Tangermuende. Die mäßig besuchte Generalversammlung am 5. Januar nahm zunächst Kenntnis vom Jahresberichte, den der Vorsitzende Kirchhoff ausführlich gab. Dann ermahnte Kollege Matthe Magdeburg die Kollegen, den Bericht nicht so gleichmäßig hinzunehmen; es gäbe doch genug, was man im vergangenen Jahre bemängelt habe, und dies müßte doch festhaft diskutiert werden. Am meisten lagen ihm die Verhältnisse in der Schokoladenfabrik nahe. Es sei ja bedauerlich, daß der frühere Konsumbäcker Frohmüller dort sein gelbes Schild treibe und die Sachen auf den Hof stelle, um was die Mitglieder abweichen zu machen. Aber wir dürfen uns nicht durch einen Menschen beeinflussen lassen, der es seinerzeit nicht anders verdient hat, als aus der Genossenschaft entfernt zu werden. In neuen Jahren müssen wir erst recht energisch vorgehen. Die Schokoladenarbeiter müssen in der Privatwohnung aufgestellt werden. Mit Freuden begrüßte es Matthe auch, daß wir im vorigen Jahr gute Preise für die Organisation bei den Bäckergesellen geschlagen haben, was uns vorher nie gelungen war. Nun entzweit sich noch eine lebhafte Debatte. Es sprachen noch die Kollegen Kirschhoff, Telle, Brummow und Stendal, sodas die Versammlung noch recht lebhaft wurde. Kirschhoff erläuterte dann den Kassenbericht,

der musterhaft aufgestellt war und von den Kollegen aufmerksam verfolgt wurde. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der Kollegen Kirchhoff als Vorsitzender, Kirschhoff als Kassierer und Telle als Schriftführer. Als Kartelldelegierte wurde Kirschhoff und Telle, als Kassetteisoren Hartmann und Molaischky gewählt. Bei „Verbandsangelegenheiten“ brachte Kirchhoff noch den Fall Büs-Ebersfeld vor. Er ermahnte die Revisoren, auch außer der Zeit die Kasse zu revidieren, da doch die Revisoren ebenfalls für die Kasse haften.

Weissenfels. Am 5. Januar fand hier die gutbesuchte Generalversammlung statt. Der vom Vorsitzenden Kirschhoff gegebene Jahresbericht ließ erkennen, daß es im vergangenen Jahre auch bei uns vorwärts gegangen ist; hat sich doch unsere Mitgliederzahl um über 50 vgt. gehoben. Kirschhoff ermunterte die Kollegen, tüchtig mitzuarbeiten, damit es im neuen Jahre noch mehr vorwärts gehe. Der Kassenbericht des Kollegen Kirschhoff bestätigte die Ausschreibungen. Kollege Friedrich-Halle a. d. S. gab kurz den Bericht des Bezirks; auch da ist unsere Laiung „Vorwärts“. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Kollege Netze, Vorsitzender (wiedergewählt), Kollege Hauptmann, Kassierer (neugewählt), Kollege Bernhard, Schriftführer (wiedergewählt), die Kollegen Kirschhoff und Böhland (Revisoren). Kartelldelegierter wurde Kollege Netze. Im Schluswort ermahnte der Bezirksleiter nochmals, immer tüchtig mitzuarbeiten am Aufbau der Organisation.

Bäcker.

Frankfurt a. M. Am 5. Januar 1913 nahm eine Versammlung der Konsumbäcker Stellung zur Frage: Reichstatif, Bezirkstatif oder Kreisstatif? Der Kollege Bruno Giedeler bereidigte den Reichstatif, und noch sehr

Wir sind nicht reif?

Das ist das Lied, was sie gesungen haben
Jahrhundertlang uns armen Waisenknaben,
Womit sie uns noch immer beschwirten,
Des Volkes Hosen immer vernichten,
Den Sinn der Besserung immer betören
Und unsere Zukunft immer zerstören.

Wir sind nicht reif?
Reif sind wir immer, reif zum Glück auf Erden,
Wir sollen glücklicher und besser werden.
Reif sind wir, unsere Leiden zu klagen,
Reif sind wir, unsere Wünsche zu sagen,
Reif sind wir, euch nicht mehr zu ertragen,
Reif, für die Freiheit alles zu wagen.

Hoffmann von Fallersleben.

lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen, den Hauptrat zu erneuern, an dem bestehenden Reichstatif jedoch vor dessen Erneuerung eine Reichskonferenz einzuberufen, damit den Bürgern der Kollegen im ganzen Reich mehr Rechnung getragen werden kann. Von allen Dingen mitsamt die Erneuerung der Teuerungsbekämpfung im Lande mehr angepeilt werden, eine Verlängerung der Ebenenpause auf 30 Minuten und mehr einkommende Regelung der Seiten verlangt werden. Es wurde allgemein erkannt, daß der Reichstatif vielen Kollegen nicht ganz gerecht werde, jedoch wurde dasselbe bei Bezirkstatif ebenfalls zutreffen und manche Streitfrage vor einem Bezirkstatif würde zu unruhigen Umgängen ausfallen. Am Kreisstatif kann gar nicht gedacht werden, da es nur für kleinere Städte möglich ist. Auch wird noch erwähnt, bei der Wahl der Delegierten zur Bezirkstagung nur lokale Kandidaten zu unterstützen, die ein persönliches Interesse am Konsumstatif haben und beim Deuterverband entschieden für eine Verbesserung desselben eintreten. Nur solche Daten zur Generalversammlung der Organisation unterstützen zu wollen, die ein „periodisches Interesse“ an dem eigenen Statif haben, zeigt wirklich von einem großartigen Interesse an unserer allgemeinen Bestrebungen. Wir können und wollen aber noch nicht glauben, daß die Geister der Kreisstatif in Frankfurt a. M. den eigenartigen Standpunkt einnehmen, ein Delegierter zur Generalversammlung, der kein solches persönliches Interesse hat, werde ihre Rechte nicht vertreten können. D. Red.)

Görlitz. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im bürgerlichen Konsumverein zu Görlitz, wieder leicht den Tod eines Bäckers herbeizuführen konnte. Nach einer weißtündigen Arbeitszeit geriet ein Bäcker auf unvorsichtige Weise in eine Maschine mit den Kleidern und nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß er nicht sofort ganz zerstückelt war. Er kam mit dem Arzt auf die Rettungsstelle, so daß glücklicherweise der Rettung unterfiel. Nach einem Armuttag hat er sich den Kopf so stark verletzen, daß er lange Zeit das Bett hüten müssen wird, wenn er nicht erreicht noch einen daraus den Defekt des Gehirns davonträgt. Der Fall ist eine schwere Anklage gegen die dortige Betriebeleitung, die allerdings ihre Augen keineswegs auf die Organisation richtet, um die Schutzvorrichtungen sich aber offenbar nicht so eingehend kümmert. Wäre eine solche vorhanden gewesen, so hätte der bedauerliche Unglücksfall nicht passieren können. Der Dividendenbäcker der Mitglieder ist aber groß und Schutzvorrichtungen kosten unter Umständen zu viel Geld. Wenn einem Arbeiter dann freilich die Glieder zerschlagen sind, muß man sie doch erneuern. Korgens 5½ Uhr in der Nacht passiert und am folgenden Tage, Sonntags, wurde nun eine Schutzvorrichtung angebracht. Nachdem der Fall passiert war, kam der Herr Geschäftsführer Schubert aber noch mit verdeckten Gedanken vor. Der Herr ist begeistert gewesen Trinkseinschläge! Die Bäcker kennen wie die Schachbrette ins Gewürz! und! Statt bei sich selbst die Ursachen solcher Unfälle zu suchen, weil die Änderung von Schutz-

vorräumen bestand war, bekleidet er bei Knöpfchen auch mit falschen Fleckenarten. Offenkundig gegen den Bäckern zum auch die Augen auf, damit sie erkennen, wo ihres Schutzes und Nutzen steht wird. Herr Schubert ist ein großer Organisationsfeind und er versiegt jeden, welcher sich einer Organisation angeschlossen hat. Stellekt gewöhnt er sich nun doch noch andere Manieren an. Eine gründliche Revision des Betriebes wäre seitens der Wertheinspektion überhaupt angebracht, der uns noch mehrere Mitglieder geschildert wurden. Lange Sicherheit, niedrige Löhne, keine Schutzwirkungen, wenige Arbeitskräfte, um ja recht große Dividenden einzubringen — so sieht es heute noch in vielen bürgerlichen Konsumvereinen aus. Deshalb also: Augen auf Kollegen, hinein in die Organisation, damit endlich auch in diesen Betrieben bessere, streng geregelte Verhältnisse Geltung erlangen und auch da die achtstündige Arbeitsszeit zum Durchbruch kommt.

Almesen. Als ein recht großer Menschenfeind hat sich hier Meister Richard Berthmann entpuppt. In der „Weimarer Volkszeitung“ hatte die örtliche Leitung unseres Verbandes ein Schreiben des Vorsitzenden des gelben Gelehrtenvereins „Germania“ veröffentlicht, weil es von der edlen Dreistigkeit der Gelben wieder einmal bezeugt Zeugnis ablegte. Zur Anschluß an dieses Schreiben war von unserer Seite aus eine Reihe von Bäckermeistern genannt worden, die Gelbe in ihrem Betriebe beschäftigen und gesagt: „daß sie von den betreffenden Meistern kräftig in ihren Bestrebungen unterstützt werden, versteht sich und beweist auch die Fahnenweihe zu Pfingsten vorigen Jahres. Von der aufgewärmten Arbeiterschaft erwartet wir nun, daß sie uns in dem Kampfe gegen die Gelben mit allen Mitteln unterstützt.“ Diese Ausschreibungen müssen den genannten Herrn Berthmann wahrscheinlich auf die Herden gefallen sein, denn unser Vorstand bekam dann einen liebenswürdigen Brief von dem Herrn, in dem es heißt:

„Zugunrechnung auf Ihren Bericht vom 4. Januar in der „Volkszeitung“, kann ich nicht unahin, den Verfaßter als den gemeinen Lügen und Quellschloß hinstellen. Was meine Person anbelangt, habe ich mich an keiner Fahnenweihe beteiligt und auch nicht persönlich beteiligt. Zugleich habe ich auch noch keinen Gesellen daran gebündert, irgendwelchen Verbande beizutreten. Verbitte mir fernerhin, meinen Namen von solchen Lügenhaften Berichten wegzulassen, sonst könnte ebenso gegen Sie eine Klage wegen Beleidigung erfolgen. Im Gegenteil, mein schärfster Wunsch ist es schon lange, daß den Herren Meistern die gebotenen Lauben ins Maul fliegen und den Herren Gelehrten der Kasse mit frischen Brötchen vor das Bett gebracht werden.“

Herr Berthmann soll sich nur nicht aufregen, denn wenn dabei solche ungeheuerliche Schimpfereien zutage kommen, blamiert er sich nur! Aber davon wollen wir heute absehen. Darüber ist, daß er einen Gelben beschäftigt und daß die Firma, der er doch mit angeblich finanziell die Gelbe unterstützte, in doch gleichfalls Lohn, die nicht abgeleugnet werden kann. Die Gelbe existieren ja nur durch die Gnade der Firma. Wer hat denn zum Beispiel zu der erwähnten Fahnenweihe seinerzeit die Trockenheit getestet?

Daß der ausgetragene Herr im allgemeinen den Gelehrten soviel Gutes wünscht — sich selber wünscht er allerdings immerhin noch etwas Besseres — ist ja recht nett, aber es kann sich solche Wünsche zufällig erdenken, wenn die Gelehrten werden sich schon durch eigene Kraft die Arbeitsverhältnisse zu verbessern wissen, wenn auch der Kasse (oder was die Bäckermeister unter manchmal so nennen) vor das Bett zu bringen, nicht auf ihrem Programm steht.

Internationales.

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

Adresse:

O. Allmann. Hamburg 1, Besenbinderhof 57
(Gewerkschaftshaus).

Adressen der Landeszentralen:

Amerika. Otto E. Fischer, 912 Bush Temple
Chicago, Illinois.

Australien. D. Moon, Trades Hall, Sydney.

Belgien. J. Goossens, Gasmeterstraat 6, Gent.

Bosnien. Lebensmittelarbeiter-Verband, Teresiastraße 11, Sarajevo.

Dänemark (Bäcker.) Z. Friis, Raadmannsgade 40. IV., Kopenhagen.

— (Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter.) P. G. Petersen, Skibhusvej 58, I, Odense.

Deutschland. O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.

Frankreich. Syndicat des ouvriers boulangers de la Seine Bourse Central du travail 3 Rue du Château d'eau, Paris.

Italien. G. Agnolini, Florenz, Camera del lavoro.

Kroatien und Slavonien. M. Spitzeg, Zagreb (Agram), Ilica 55, I.

Niederlande. J. Goudsmit, Genestraat Straat 8, Amsterdam.

Norwegen. Jons Nygaard, Youngsgaden 13, III, Kristiania.

Oesterreich. (Bäcker.) Julius Zipper, Wien XV/L Markgraf-Rüdiger-Straße 27, 1. Stock.

— (Zuckerbäcker.) M. Achaz, Kampendorferstr. 98, Wien 8.

Schweden. Anders Sjöstedt, Upplandsgatan 2, II, Stockholm.

Schweiz. Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter, Zürich, Helvetiaplatz, Volkshaus.

Serbien. Verband der Mühlen- und Bäckereiarbeiter, Belgrad.

Ungarn. (Bäcker.) Károly Kardics, Rakoczi ut 63, I, Budapest.

— (Zuckerbäcker.) János Stransky, Budapest VIII, Kender utca 3, Szám.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie eventuell als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden, um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Bildungsarbeit in unserer österreichischen Brüderorganisation der Bäcker. Die Leitung des Verbandes der Bäckarbeiter Österreichs veranstaltet gegenwärtig für die Funktionäre und Bezirksleiter der Wiener Ortsgruppen einen gewerkschaftlichen Kursus, dessen Programm wie folgt lautet:

1. Vortrag: Die Gewerkschaften. Vortragender Dr. Ad. Brann. Voraussetzungen, Wesen, Aufgaben.) — 2. Vortrag: Gewerkschaftliche Kämpfe und Ziele. Vortragender: Ad. Brann. — 3. Vortrag: Der Verband der Bäckerarbeiter. Vortragender: Zipper. a) Geschichte, Einrichtungen, Leistungen, Errungenschaften; b) die Bäckerorganisation des Auslandes, die Internationale der Bäcker. — 4. Vortrag: Die Tarifverträge. Vortragender: Jul. Grünwald. (Das Wesen der Tarifverträge, ihre Beaufsichtigung, ihre Erneuerung.) 5. Vortrag: Die Unterstützungsseinrichtungen des Verbandes. Vortragender: Lichtnecker. — 6. Vortrag: Die Verwaltung und Kontrolle des Verbandes. Vortragende: Bernard und Wimmer. — 7. Vortrag: Rechtsschutz und die Leistungen auf diesem Gebiet. Vortragender: Holzer. — 8. Vortrag: Bildungsbestrebungen und Bildungszwecke. Vortragender: Dr. Rob. Danneberg. — 9. Vortrag: Genossenschaften und Gewerkschafter. Vortragender: Tobola. — 10. Vortrag: Gewerkschaften und Partei. Referent: Hözl. (Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, agitatorische Winke.)

Der Kursus ist so eingerichtet, daß an jedem Abend die erste Stunde dem Vortrag, die zweite der Diskussion hierüber gewidmet ist.

Ein zweiter Vortragszyklus wird für die Sektionsleiter und Betriebsvertrauensmänner abgehalten werden, und zwar immer für zwei beziehungsweise drei Bezirke zugunsten.

Unsere österreichischen Freunde sind, wie wir bei dieser Gelegenheit nachfragen wollen, seit dem 8. November des Vorjahres in ein neues Heim, Wien 15, Markgraf-Rüdiger-Straße 27, übersiedelt. Das Bäckenhause steht, wie wir dem Verbandsorgan entnehmen, zu dem gewesenen Heim in der Kandlgasse schon von außen einen recht respektablen Eindruck. Es wurde von der Gehilfekrankenkasse errichtet und bietet geräumige Bureaus, in denen auch die Wiener Lokalverwaltung ihr Unterkommen gefunden hat, und die außerdem die Abhaltung von solchen bildenden Kursen gestatten, wie sie juzwanzig begonnen haben.

Social offices.

Die Universitätsbibliothek und Druckerei zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Berlin SO, Mohrenstraße 41, ist eine unter Berücksichtung wieder erneut in Funktion gebrachte, gewissermaßen noch 5½ bis 10 Uhr abends, am Samstag und Sonntagnachmittag von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr. In dem Bereich Regen gingen 605 Besucher und Besuchertage jeder Art und Hälfte aus.

Die ersten beiden Schauspielerinnen traten am 1. Februar 1914 wieder nach Langenau auf. Bereits am 12. Februar feierte sie eine kleine Eröffnung über feierlichem und mit 10 Tafeln einer Ritter und Schmiede kostümirten Bühnenstück mit, feste und gegen feineck Rollen auf. Diese bei Langenau aber besuchte Schauspielerin war vermutlich durch den Präsidenten der Stadt Langenau für die Dauer der Haustheateraufführung an und öffentlichen Arbeitsschafft aber in einer Funktion als gesuchte Schauspielerin bestimmt. Sie war eine sehr interessante Person, die Langenauher in Freuden, die Aufführung des Schauspielers bei den nachstehenden Festen und den Feierlichen Börsen zu versetzen. Sie wirkte sich in dem Jahre 1914 erneut in Langenau auf, ebenfalls über feierlichem Rollen - die Ritter und Schmiede kostümirten Bühnenstück mit, feste und gegen feineck

gegen den Willen dieser Unterhaltungspflichtigen erfolgt. Anstalt der Unterbringung in einer Arbeitsanstalt kann auch die Einweisung in eine Erziehungsanstalt oder Heilanstalt (insbesondere auch Erzieherheilanstalt) angeordnet werden, in welcher Gelegenheit gegeben ist, den Eingewiesenen mit angemessener Arbeit zu beschäftigen." Der Minister des Innern hat inzwischen noch eine Verfügung über die Ausführung des neuen Gesetzes erlassen, in welcher gleich eingangs darauf hingewiesen wird, daß die Armenverwaltungen von den ihnen jetzt eingeräumten Befugnissen nachvollen Gebrauch zu machen hätten. Der Rat des Verteilungsausschusses auf die das Gesetz Anwendung zu finden haben umfaßt: 1. die Arbeitssicheren, welche wegen Müdigkeit, Langeweile oder Traurigkeit und dergleichen der Armeaufsicht entbehren, 2. die fauligen Arbeitspflichtigen, das heißt Personen, die ihre Ehefrauen aber ihre noch nicht 16 Jahre alten Kinder entgegen ihrer Unterhaltungspflicht nicht versorgen, sondern der Versorgung durch die Armenbehörde überlassen. Sie gelten darum als den Angehörigen gewidmete Unterhaltung als selbst unterstellt. Voraussetzung der Anwendung des Gesetzes auf einen fauligen Arbeitspflichtigen bildet übrigens nicht nur die Tatsache, daß die der Armeaufsicht entzugsfallenen Unterhaltungsberechtigten den Unterhaltungsbetrag des Unterhaltungspflichtigen teilen (sogenannte armenrechtliche Familieneinheit). Es können vielmehr auch solche Ehemänner oder Weiber dem Arbeitseidwang unterworfen werden, die ihre vom ihnen getrennt lebende Ehefrau oder ihre der Mutter bei der Trennung vom Haushalte des Vaters gefolgten Kinder zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, nicht unterhalten, sondern der Versorgung durch die Armeaufsicht überlassen.

Gesetzlich ausgeschlossen ist die Unterbringung in einer Arbeitsanstalt: 1. wenn die Unterstützungsbehörde nur durch verübergabende Umstände verurteilt ist; als solche Umstände können in Betracht kommen Krankheit, zeitige Arbeitslosigkeit, Streit, Absperzung und vergleichene; 2. wenn der Unterzubringende nicht arbeits- oder erwerbsfähig ist; 3. wenn er entsprechend seiner Arbeits- und Erwerbsfähigkeit zu seinem und seiner Familie Unterhalt beiträgt; 4. wenn die Unterbringung mit schädlichen, den Umständen noch nicht gerechtfertigten Maßen oder Rechtseinflüssen für das Fortkommen des Unterzubringenden verbunden sein würde. Ob nun auf das Verfahren bei Anordnung des Arbeitszwanges eingegangen werden soll, wäre noch kurz auf die gesetzliche Unterhaltspflicht überlaufen einzugehen.

Richt. denn § 1891 des Bürgerlichen Gesetzbuches und folgende, sind nämlich Verwandte in getrennter Linie (Stimme, Ehele, Eltern, Geschwister usw.) verpflichtet, einen oder Unterhalt zu gewähren. Dieselbe Verpflichtung haben Erbgegessen gegenüber an den, die gegen bestimt eine gezielte Verpflichtung zur Verförderung des Unterhalts der Geistlosen, ebenjowenig den Erbvergezessern gegenüber, nicht. Das Maß des zu gewährenden Unterhalts bestimmt sich nach der Lebensstellung des Bedürftigen (standesmäßiger Unterhalt). Wer aber durch sein fiktives Verhältnis bedürftig geworden ist, kann nur den notdürftigen Unterhalt verlangen. Der Notunterhalt ist durch Errichtung einer Geldrente zu gewähren. Hierzu ist jedoch Erfüllbarkeit der Stärke- oder Dienstfahne mit unbedingt gewähr zu werden kann, als er die Höhe von M 1500 übertragen kommt für die Rohnförderung der Unterhaltsbedürftige folgende Seite Bestimmung, nämlich der § 1891 Absatz 4 der Bürgschaftsordnung im Betracht, welche lautet:

Die Würdigung des Sohnes ist ohne Rücksicht auf den Standpunkt zu schätzen. Wenn sie wegen der ihm vertrautesten, dem Erbgotteten und dem früheren Erbgotteten für die Zeit nach Erhebung des Königs und für das diesem Prinzipale vorzugsweise letzte Sündhaftigkeit des Königs zu entziffern. Unterhaltsame Beurteilung muss. Die Kraft gilt in Abhängigkeit der gegenwärtigen sozialen Stände von dem Sohn des bestehenden Königtums nicht dem Könige zu entziffern. Der Kaiserstolz erlangt durch diesen Titel jedoch unvergleichliche Bedeutung. Er ist der Schlüssel zur Beurteilung jenseits verdeckter Macht-Möglichkeit zur Erfüllung der ihm innern Gesetzmäßigkeiten. Ein solcher oder jenes sozialen Status gewährt eigentlich ein besonderes Recht, die Würdigung des Königs zu erhöhen. Da die nur durch die geistige Erziehungserfolge erzielbaren und die nicht als eine markante Errung zu betrachten ist, so übertrifft diese auf die entsprechende "Königswürde" die tatsächliche Bedeutung. Diese ist nicht auf einen bestimmten sozialen Status beschränkt, sondern auf alle unterordneten Statusen. Derjenige verbiente Rechts, um "Wiederholung" genommene werden kann, ist viel zu breit. Und dies wiederum zunächst freilich saloppieren werden, als es zum weiteren Verständnis gekommen. Doch hier aber alles genommen. Denn das ist nicht minder zum Rechten und dem Recht des sozialen Status zur Wiederholung. Denn dies ist wo die Macht-Möglichkeit überwunden: die Wiederholung des Königtums, kann fern der Kette sehr leicht mit dem ersten Prinzip des Erbrechtsgesetzang. Beauftragt ist weiter.

Für die Ausbildung der akademischen Freuden werden ist, weiter die Kultur auszubauen und die erreichbaren geistigen Verhältnisse dieser Generationen zu verstehen. Jeder Kötter muss zum Unterhalt dieser Generationen in dem geistigen Ringen zu beteiligen. Kreidt Sie diese Reaktion als erzielbar, so ist der Grundgedanke des Kdts. bei dem Kreis-Studentenkreis der Versuch zur Unterdrückung des Unterichts in einer öffentlichen Universität aber in einer die künstlerische Erziehung zu wollen. Die Studentenfreude kann nur über Freudenfesten, über den berühmten Studentenchor und durch gute Böden in der Gestaltung des Bildungses für Studium auf minderster Entwicklung im Geisteswissenschaften zu. Wenn an Kunstschulen nicht bestrebt wird, dann auf die endende Wirkung. Es kann hier der Kreis-Studentenkreis die Aufgabe, den Unterricht an Künsten oder am Kultus, wenn es sich um abgelegten Formen handelt, für einen Teil der Kultur, insbesondere

beschluß den antragstellenden Armenverband hören. Gegen das Endurteil des Kreis-(Stadt-)Ausschusses kann dann noch mal beim Bezirksausschuß innerhalb zweier Wochen nach Zustellung desselben Berufung eingelegt werden. Die Entscheidung des Bezirksausschusses ist endgültig. Die Unterbringung kann, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht vorher wegfallen, bis zu einem Jahre ausgedehnt werden. Eine erneute Unterbringung kann nach Ablauf von drei Monaten seit der Entlassung wiederum beantragt werden. Für jede Arbeitsanstalt ist natürlich eine Hausbordnung aufzustellen, die auch entsprechende Disziplinarstrafen vorsehen soll. Als solche kommen in Betracht: 1. Verweis, 2. Entziehung des Fleisches, 3. Rossmalerei durch Entziehung der warmen Morgen-, Mittags- oder Abendkost oder durch Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot je um den andern Tag bis auf die Dauer von sechs Tagen, 4. einfache Einipierung mit eventuellet harter Lagerstätte usw. Körperliche Züchtigungen dagegen sind ausgeschlossen. Die Hausbordnungen haben auch darüber Beschlüsse zu treffen, ob und wieviel dem Untergebrachten von seinem Arbeitsverdienste als Arbeitsbelohnung zuzuteilen soll. Einen Anspruch, daß ihm dieselbe zur Verfügung gestellt oder ausbezahlt wird, hat der Untergebrachte aber nicht. Um nun mit diesen harten Beschlüssen nicht in Konflikt zu kommen, mögen sich die Unterhaltspflichtigen in ihrem eigenen Interesse ja mit den gesetzlichen Pflichten abzufinden suchen.

Gewerkschaftliche Radisson.

Der Uebertritt der Schmiede von ihrer früheren Branchenorganisation in den Metallarbeiterverband hat sich nach dem 1. Oktober vorigen Jahres erfreulicherweise recht glatt vollzogen, obgleich bekanntlich in einzelnen Bezirken gegen die Verschmelzung unbedeutlicherweise eine recht hartnäckige Opposition auftrat. Die "Metallarbeiterzeitung" stellt jetzt fest:

... Zu andern Verbänden sind 183 Mitglieder übergetreten, davon 154 zu freien Gewerkschaften und 29 zu gegnerischen Verbänden. Die ersten verteilen sich auf die Verbände der Fabrikarbeiter mit 24, der Maschinen- und Heizer mit 20, der Staats- und Gemeindearbeiter mit 30, der Transportarbeiter mit 43 und auf einige andere Verbände (Bauarbeiter, Bergarbeiter, Tertiararbeiter) mit zusammen 37. Von den gegnerischen Verbänden haben der Hirsch-Lüderische Gewerbeverein, der christliche, der Riesenthalische und die syndikalistischen "Verbände" alle zusammen 29 Mitglieder des Schmiedeverbandes bekommen. Hierzu muß erwähnt werden, daß an verschiedenen Orten von gegnerischen Verbänden vor dem Verschmelzungstermin bei den Mitgliedern des Schmiedeverbandes recht lebhaft gebuhlt worden ist, versteckt und offen ist die Agitation betrieben worden. Es wäre also gewiß kein Wunder, wenn sie eine größere Anzahl zu sich herübergezogen hätten. Wie wir aus dem Resultat ersehen, war die Liebemühs umsonst, die Mitglieder sind einsichtig genug gewesen, daß sie von täuschenden Vorspiegelungen nichts zu erwarten haben.

Von den Uebertritten zu den freien Gewerkschaften ist nicht festgestellt, ob die Uebertritte etwa entgegen den Verordnungen innerhalb der der Generalcommission angeschlossenen Gewerkschaften erfolgt sind. Bei der großen Mehrzahl dürften wohl durch die Art der Beschäftigung der betreffenden Mitglieder die Uebertritte in diese Verbände gerechtfertigt sein. . . .

Das ist ein recht gutes Verhältnisungsergebnis und die von mir der Seite befürchtete Schwächung der Organisationen der Schmiede ist nicht eingetreten.

Die Organisation der Gattungsrathshilfen entfaltet gegenwärtig eine lebhafte Agitation für den sechzehntägigen Ruhetag in jeder Woche und hält zu diesem Zweck in allen größeren Städten Versammlungen an denen folgende Resolution zur Annahme vorgetragen wird:

Die heutige Verfassung der Hauptstellen im Gastwirtschaftssektor nimmt mit Bedenken Kenntnis von der Tatsache, daß die freigehaltenen Wünsche der gastronomischen Hauptstellen, die in zahlreichen Einheiten den gesetzgebenden Gewerbeschaften unterstehen werden und, eine Be-

Zur Verhinderung noch immer nicht gefunden haben.

Zur Fortsetzung erwartet, daß die Ruhezeiten im Schwerpunktterrebe durch Reifer eine durchgreifende Regelung erfolgen, wie das von der Reichsregierung bereits im Jahre 1897 in Auftrag gestellt werden ist.

Zie im Saatwirtschaftsgewerbe übliche, lang ausgedehnte Arbeitszeit, die unter gewerblichen Bedingungen ungünstigen Be-

Erungenen zu leisten ist, erfordert dringend das Eingreifen der Gesetzgebung. Die Versammlung schreibt sich den von der gesamten Bevölkerung wiederkehrt aufgestellten Fortschritte durch an. Es sind dies:

Regelung eines regelmäig monatlich wiederkehrenden Pflichtes von 30 Stunden für die gesamte Schiffsfahrt.

Bestimmungen.
Die Verkündigung erweist mindestens, daß die zum
Schein eines Weisens die aufzuhestenden Verkündigungen

es Punktatüre vom 23. Januar 1922 auf das gesamte
Gesetz ausgedehnt werden."

Niemend wird mehr als wir allein für Betriebs-
wirtschaftliche Leistungsfähigen Personen einen vollen Erfolg ihrer
Fragestellung wünschen. Unsere Kollegen wünschen ja am besten,
daß die Schäden die siebenjährige ununterbrochene Aus-
leistung mit sich bringt und wie barthaftig die Regierung
arbeiten muß, ehe sie den Forderungen der Er-
werbstätigkeit auch nur den kleinsten Erfolg entgegenkommt.
Dorten wir also, daß auch die Betriebsgebildten große
Fähen auf die Weise bringen und den Druck von unten
durchaus befriedigend überwinden.

18. Die gewerkschaftliche Landeszentrale in Holland eröffentlicht zum fünften Male nach dem Besitze der zentralen Generalversammlungen eine Statistikblatt. Dieselbe ist auf den beschreibenden 44 Gewerkschaftszentralen

denen Ende 1911 insgesamt 409 Gewerkschaften, 33 Sektionen der sozialdemokratischen Partei, 8 Genossenschaften und 18 andere Organisationen (Arbeiter-Sportvereine usw.) angehörten. Von der Gesamtmittelgliederzahl, die im Berichtsjahr von 51 288 auf 57 348 stieg, entfielen 46 898 (82 p.ß.) auf die Gewerkschaften, 2709 (5 p.ß.) auf die sozialdemokratische Partei und 7741 (13 p.ß.) auf andere Organisationen. Die größten Kartelle bestehen in Amsterdam mit 19 810 und in Rotterdam mit 9010 Mitgliedern.

15. Die norwegischen Gewerkschaften nahmen im letzten Jahre um 7000 Mitglieder zu. Jetzt zählen sie über 80 000 Mitglieder.

16. „Die Gewerkschaft“, das Zentralorgan der österreichischen Gewerkschaften, erscheint seit Beginn dieses Jahres wöchentlich in deutscher und alle vierzehn Tage in tschechischer Sprache. Eine polnische Ausgabe ist im Prinzip ebenfalls beschlossen, wie auch ein größerer Ausbau der Gewerkschaftszentrale.

18. **Verteilung der Gewerkschaftsbewegung in Italien.** Der Ende November 1912 in Modena stattgefunden Kongress der syndikalischen Gewerkschaften beschloß mit 42 000 gegen 29 000 Stimmen die Schaffung einer neuen gewerkschaftlichen Landeszentrale, angeblich weil die alte Zentrale den „revolutionären“ Gewerkschaften den Beitritt unmöglich mache. Die Gewerkschaften der neuen Zentrale sollen auch der alten Zentrale weiter angehören dürfen. Ob allerdings die letztere ähnlich beschließen wird — was die Anerkennung der Verteilung bedeuten würde — bleibt abzuwarten.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstage. Am achten Tage des neuen Jahres begrüßte der Präsident wieder die erschienenen Mitglieder des Reichstages. Er gedachte zuerst des verstorbenen Ministers des Auswärtigen u. Älteren Büchters und gab dann dem Kaiser Kenntnis von dem Telegramm, welches aus Anlaß des Todes des bayerischen Prinzenwechsels aus Luitpold. Nach Eröffnung der Diskussion zur Tagesordnung fragte die sozialdemokratische Partei durch den Genossen König den Herrn Reichskanzler, was er zu tun gedachte, um dem Wagenmangel auf deutschen Bahnen und der damit verbundenen Verkehrsnotlösung Einhalt zu tun und Abhilfe zu schaffen. König begründete in ausführlicher Weise die Interpellation. Nach seinen Ausführungen fehlten den deutschen Bahnen viele tausend Wagen. Dadurch wird der Dienst erschwert und die Industrie geschädigt. Die Bahnhöfe sind zu klein. In Düsseldorf hat man den Grund und Boden für einen großen Bahnhof erworben, welcher nun 16 Millionen Platz verlangt. Auch bezüglich der Wartesäle brachte König keine Beschwerden vor. Sie sind nicht schlecht, obwohl die der ersten und zweiten Klasse auf den Stationen bleiben oft geschlossen und nur „hohen Herrschaften“ zugänglich. Die Kostspieligkeit bringt ungeheure Verkehrsnotstände und Betriebsverzögerungen, welche bei gutem Willen verhindert werden können.

Die Interpellation wurde besprochen, und von keiner Partei wurde ernstlich der Versuch gemacht, die schweren Anklagen zu widerlegen. Die Reaktionen glaubten aber natürlich, die Sache gehöre nur vor den preußischen Landtag, und auch der Minister war dieser Ansicht. Noch dachten Meinung ist jetzt alles in besserer Ordnung.

Der Abgeordnete Dittmann (SD) ergänzte die Ausführungen von König noch und erhob Protest im Namen seiner Partei, daß der Reichstag nicht das Recht habe, in Verkehrsangelegenheiten auf preußischen Bahnen zu reden. Er wies nach, daß schon im August 1912 an einem einzigen Tage 1000 Wagen im Industriebereich gefehlt haben. Darauf machte unter anderem die „Vergleichszeitung“ aufmerksam. Selbst die konservative „Voit“ schrieb zwar gegen die Schädigung von Handel und Industrie und versprach sich sogar vor, daß sie selbst die Schädigung der Arbeiter leidet und verurteilt. Die Unregelmäßigkeiten haben neben Arbeitslosigkeit Überarbeit veranlaßt, die an Menschenhandgrenzen grenzt. Und für solche Überarbeit wurden keine Vergütungen gewährt. Es sei sehr eigenartig, wenn der Reichstag nicht gar nichts weiß und auf der anderen Seite große, gut unterrichtete Zeitungen schreiben, daß Tausende von Wagen wegen der Kriegsgefahr neugierige Flöhnachrichten künftig zurückgehalten werden. Am 26. Oktober 1912 wurde sogar am Obertribun das linke Eisenbahnmuseum teilweise für den Betrieb gesperrt, weil man befürchtet in der Kriegsbevölkerung unzureichend wollte. Ein früherer Eisenbahnminister stand erstaunlich auf dem Standpunkt, daß die Eisenbahnen nicht nur Einnahmekassen, sondern in erster Linie verkehrspolitische Einrichtungen seien. Wir konstatieren, daß der Militarismus den Verkehr selbst auf den Eisenbahnen hindert und damit Handel und Industrie ja, das Volk schädigt, und protestieren dagegen.

Zur Denkschrift über die Neorganisierung der Personalverhältnisse der Reichspostverwaltung nimmt Herr (SD) das Wort und führt aus: Wir sind derzeit einverstanden, wenn die Ämterchen der vorhandenen Postämter abgebaut werden. Nach der Denkschrift ist eine Neuerorganisation aber nicht vorgesehen. Alle Fortführung der mittleren und unteren Beamten, das ist das Kürzel vor der Bezeichnung, soll der gutgemacht werden, mit ins Werte gehalten.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die höheren Beamten die Möglichkeiten benutzen, in bessere Stellen aufzusteigen; den Entwurf der ungenutzenden Verhinderung kann man nicht gestatten. Wir verurteilen es, daß jeder daraus automatisch Stellen probiert wird und der Stellvertreter in die höheren Bezirke berufen werden kann. Gegen die Verantwortung des Staates zum Postdienst werden wir nichts einwenden, aber dragegen, daß dies selbst zu Postämtern gemacht werden. Die Deutschen soll einen Kommissar (die Konsulatoren) überwiesen werden.

Staatssekretär Dr. H. dient, namentlich mehrere Jahre, zur Seite geplattet haben, für die Auseinandersetzung mit Leidungen seiner Beamten, wendet sich aber dann gegen die Partei des Abgeordneten Dr. H. Er meint, es müsse sich daher verteidigen, „sie ist ungültig“.

Die letzte Bemerkung wird ihm aber nicht gelehnt, sie führt zu einem Kompetenzstreit. Der Abgeordnete Dr. H. erklärte kurz und deutlich: Es ist nicht Sache eines Staatsbeamten, die Auseinandersetzungen eines Abgeordneten als zulässig oder unzulässig zu bezeichnen — dies steht nur den Präsidenten zu. Und das Haus und der Präsident geben dieser Ansicht recht.

Zur Frage der Konkurrenzklause nahm Staatssekretär Dr. H. das Wort. Er begründete die Denkschrift und sagte: Die Rechtprechung hat sich zur Bekämpfung der Missbräuche, die mit der Konkurrenzklause getrieben werden, nicht als ausreichend erwiesen. Es war deshalb notwendig, die Konkurrenzklause auf das tägliche Maß zu befranken. Der Entwurf sieht vor, daß eine solche Klausel schriftlich vereinbart dem Geschenk ausgeschändigt wird und daß der Prinzipal sich verpflichtet, für die Dauer ihrer Geltung dem Geschenk eine bestimmte Entschädigung zu zahlen. Eine wichtige Errichtung des Kontrollwunsches des Geschenks darf die Konkurrenzklause nicht enthalten.

Giebel (SD): Es gehört mir dazu, diesen Gesetzesentwurf der Offenheitlichkeit vorzulegen. Die bis jetzt bestehende Gesetzgebung hat falsch gemacht. Schon 1897 haben wir betont, daß das Kapital es bestreben wird, die Gezeuge gegen die Angestellten anzutreten. Das Konkurrenzverbot wurde derart ausgelegt, daß der Angestellte rechts und stellenlos wurde. Das Ehrenwort wurde zur Falle. Einem Angestellten wurde zugemutet, daß seine alte Mutter für 10 000 kostbar machen sollte, und dabei war das Gebot sehr mindestens jede Verpflichtung habe aufzuhören, wenn das Gebot aufhört. Der Unternehmer wende doch diejenigen Kenntnisse, die er durch den Angestellten gewonnen, auch nach an, wenn das Arbeitsverhältnis schon längst beendet ist. Man will den Angestellten aber Hindernis, ein schändliches Unternehmen, eine Konkurrenz ins Leben zu rufen. Mit der Konkurrenzklause sucht man die Angestellten von Forderungen auf Besserstellung hinzuzuhalten. Hat ein Prinzipal ein solches Recht, daß der Angestellte in sein anderes Unternehmen eintritt, so soll er denselben auch voll dafür entschädigen. Es genügt nicht, daß man mit die M. in der Löcher legt: gen gegen die Konkurrenzklause schützt den Ort des Vertrags und die Zeitdauer begrenzt.

Alle diese Dinge sind gut, aber lange nicht genügend. Ich fordere, daß neuen Entwurf werden die Unternehmer noch sagen, es wäre zuviel Entgegenkommen. Und dabei soll sogar Strafverschärfung für den Arbeitgeber eintreten, wenn er die Konkurrenzklause verletzt. Dies kann man sicher nicht.

Der Entwurf geht jedoch an eine Kommission.

Allgemeine Rundschau.

Die preußische Sozialdemokratie hielt vom 6. bis 9. Januar in Berlin ihren Parteitag ab, der in erster Linie für die heranlaufenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus die sozialen Richtlinien zog. Der Bericht über die Zukunft der Parteiaktion gab Genosse Stöckel, der das auferzogene Parteidienstmaterial zum Schlus als Aufzehrungsmittel im bevorstehenden Kampf empfahl; denn nur durch die Aufrüstung der breiten Massen ist die Erneuerung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu erreichen. Bericht batte Genosse Ernst den Bericht der preußischen Landeskommunisten gegeben und die geleistete schwere Kraftaufklärungsarbeit geschildert, die aber doch in den letzten Jahren eine immer größere Verbreitung des Wahlrechtswertes gezeigt hat. Der Kreisbericht wurde den der eingedrungenen Freiheit und leidenschaftlichen Befreiung der Massen gezeigt, und das sei die schärfste Gewähr des Sieges. Ein instruktives Referat des Genossen Georg Schmidt-Berlin über die Landesberaterfrage in Preußen führte einen weiteren Zukunft der Verhandlungen: in einer Resolution hierzu wird die volle Sozialitätsfreiheit für die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Befreiung aller Industriearbeiter und Gewerkschaftsordnungen sowie die reichsgelebte Regelung des Landarbeiterrechts gefordert. Die Parteidienstien werden ermahnt, jede Gelegenheit, insbesondere die bevorstehenden Wahlen, zu benutzen, um die Landesberatung über den Sozialismus aufzuladen und sie an die Befreiungsfähigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hinzuweisen. Zum Wahlkampf sprach Dr. H. einstimmig wurde erre von der Landeskommunisten erneute die Resolution angenommen, nachdem einige Anträge, die den liberalen Parteien etwas mehr Entgegenkommen zeigen wollten, nach gründlicher Auseinandersetzung abgelehnt worden waren. Das preußische Prinzipal wird also nicht offen und eindeutig in den Wahlkampf gehen. Die unbedingte Aufstellung sozialdemokratischer Wahlkampf in allen Kreisen und allen Gegenfern ist bei erwarteter Unterstützung anderer Parteien und die Grundzüge der Revolution, und sie ist so klar und scharf, daß der Zweifel nicht aufkommen kann. Dem Freiheit wird also der Kreisbericht und der 19. Februar eine Unterstützung gewährt werden, und es wird sich ja zeigen, ob er sowohl mit zusammenkriegt, einen ehrlichen Gegenkandidatenvertreter mit uns einzuschließen. Die Wahlen finden am 11. Mai statt.

Zuckergewinnung im Betriebsjahr 1911/1912. Nach einer in den Viertelpaddestothen zur Statistik des Deutschen Reiches gegebenen Übersicht datiert die Gesamtzahl der während des Betriebsjahrs, 1. September 1911 bis 31. August 1912, in Betrieb befindlichen Raffinerien abzüglich gegen das Vorjahr von 354 auf 342 oder nur 12 verändert. Die Zahl der Raffinerien ist von 35 auf 31 zurückgegangen. Wir bedenken es hier mit einem schon seit mehreren Jahren im Range befindlichen Konzentrationsprozeß in der Zuckerindustrie zu dem Teorden, daß sich die mit Zuckerrohr bebauten Flächen, wie in den beiden Vorjahren, wieder erheblich vergrößert: sie betrugen 204 710 ha gegen 177 909 ha in 1910/1911.

Infolge der übergroßen Hitze des Sommers 1911 war die Ernte eine sehr schlechte. Trotz der vergroßerten Betriebsflächen wurden nur 190 576 t Rüben geerntet, gegen 157 189 t im Vorjahr. Die Erträge der Rüben betragen durchschnittlich 15,54 kg aus 1 da und blieb damit hinter der vorjährigen, die 16,58 kg betragen hatte, zurück. Die gesamte Erzeugung aller Betriebsanstalten belief sich nach Abzug

des Einwerts im ganzen auf Rohzuckerwert umgerechnet auf 14977 229 dz gegen 25 899 688 dz im Vorjahr. Man muss bis zum Jahre 1893/94 zurückgehen, um auf eine geringere Zuckererzeugung in Deutschland zu stoßen.

Der Zuckerkonzerthat sich infolge dieser Mindererzeugung und der dadurch bewirkten Preissteigerung natürlich vertieft. Er betrug einschließlich des ausländischen Zuckers und des Rohzuckers 11 163 797 dz Verbrauchspreis gegenüber 12 417 762 dz im Vorjahr, das ist, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, 16,9 kg gegenüber 19,0 kg.

Eingebracht wurden 1213 dz ausländischer Rohzucker und 10 854 dz Verbrauchspreis. Ganz unvergleichlich bedeutender ist die Ausfuhr, die 2789 756 dz in Rohzuckerwert betrug. Sie hat damit freilich nicht viel mehr als den fünften Teil der Ausfuhr des Vorjahrs erreicht, die sich auf 11 165 352 dz stellte.

Der Fortschritt des Sozialismus. Als Ranglist wird berichtet, daß dort fürstlich ein zahlreich besuchter sozialistischer Kongress stattfand, der die definitive Gründung einer sozialistischen Partei vornahm und die Herausgabe eines eigenen Blattes, „Der chinesische Republikant“, beschloß.

100 000 deutsche Arbeiteränger sind jetzt in der Zentralorganisation, dem „Deutschen Arbeiteringerbund“ vereint; alles in allem hat er nun mehr 165 000 Mitglieder! Auch das weibliche Element findet wir in den letzten Jahren dort immer stärker vertreten und gegenwärtig sind ihm 11 000 Sängerinnen angeschlossen. Außerdem sind in einer Reihe von Städten Kinderchor gebildet worden. Die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“ begrüßt das erste Hunderttausend mit einem schmuckvollen Gedicht von E. Preysang, dessen erste und letzte Strophe wir nachstehend wiedergeben wollen:

Die ihr Heimütig warst, hört nun, wie brausend Ein Massenchorgesang zum Himmel zieht:
Wir sind gedich'n; es singen Hunderttausend Des Proletariers Kampf- und Siegeslied!
Wir sind gedich'n trotz Feinden und Bedrängern,
Weil uns ein hohes Ziel zusammenhält:
Fest steht ein Heer von Hunderttausend Sängern
Und schlägt den Sturmgesang froh in die Welt.

Du aber, Frau des Volks, sollst mit uns singen,
Das Freude neu erwacht, die sich verlor:
Du, fröhend Mädchen, las die Stimme singen
In deiner Schwester frohgestimmtem Chor.
Ob Mann, ob Weib — im freien Bunde hausend,
Singt euch vom Herzen Kummer, Leid und Stoll.
Sorau, voran! Das zweite Hunderttausend
Wird dann trotz Hasses und trotz Reiter voll!

Europäische Getreidepreise. Die Entwicklung ist international, in Deutschland sein Ergebnis der agrarischen Wirtschaftspolitik. Es argumentieren die Vertreter unserer nationalen Zollmauerpolitik. Wie unzureichend jene Bewertung ist, beweist ein Blick auf die Preise an in- und ausländischen Märkten. Nach den im „Reichsanzeiger“ für die vorletzte Dezemberwoche veröffentlichten Überblicken kostete z. B. ein Doppelzentner:

	Preisen A	Preisen B
Mannheim	223,13	188,75
Wien	208,54	170,55
Budapest	187,52	161,26
Odessa	157,21	117,25
Riga	158,36	131,29
Paris	222,57	164,96
Antwerpen	171,64	—
Amsterdam	167,44	139,90
Sorau	159,66	—
England, Durchschnitt von 138 Marktorten	159,90	—
Liverpool	169,29	—

Wir haben, was bemerkst werden mag, für die ausländischen Markttore immer die höchsten Preise eingezogen. Wir stellen selbst das teure Wien und Paris in den Schatten! Deutschland — im Getreidehaushalt voran!

für die Arbeiterinnen.

Die Gesamtzahl der Arbeiterinnen in Frankreich beträgt nach Feststellungen des Arbeitsministeriums rund 4 150 000, die sich wie folgt verteilen: Landwirtschaft 949 000; Industrie und Verarbeitungswesen nach den Kategorien: Angestellte außerhalb des Hauses 48 000, Arbeiterinnen 1 367 000, Handarbeiterinnen 546 000; Handel, freie Berufe nach den Kategorien: Angestellte 295 000, Arbeiterinnen 208 000, Dienstboten 773 000. Der Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen ist in Frankreich größer wie in jedem andern Lande.

Eine aus englischen Gewerkschaftsräumen bestehendes Komitee wird noch im Januar in London eine Schule zur Ausbildung von Frauen für die Arbeiterbewegung eröffnen. Eine „männliche Arbeiterhochschule“, die ebenso wie das bekannte Ruskin College in Oxford von Arbeiterorganisationen unterhalten wird, besteht in London schon seit einigen Jahren.

Genossenschaftliches.

Max Nadebock f. In Langenlons bei Dresden ist in der Nacht vom 10. zum 11. Januar der Genoss Max Nadebock nach längerer Krankheit verstorben. Seit der Gründung des Betriebskonsumvereins stand er als Vorsitzender an dessen Spitze, und die glänzende Entwicklung, die die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung und der Betrieb als solcher genommen hat, ist seiner umsichtigen Leitung zu danken. Unsere Organisation möchte in ihm einen treuen und föderaten Menschen bewahren.

Unseren Genossenschaftsräten hat unter den bisher bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt der Konsumverein „Sorwark“ in Bremen. Das sind nun insgesamt 189 konsumtive Vereine, welche zusammen 2628 Personen in ihrem Wirkungsbereich beschäftigen.

